

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.  
– Drucksache 14/6597 –**

### **Neue Haltung der Bundesregierung zur Eisenbahnpolitik?**

Auf der 6. Internationalen Fachtagung des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Stephan Hilsberg, in seiner vom BMVBW in Auszügen dokumentierten Rede auch zur Eisenbahnpolitik Stellung genommen. Er hat dabei unter der Zielnennung, den Güterverkehr auf der Schiene in den nächsten 15 Jahren zu verdoppeln, die Reform des Bahnverkehrs erstmals in eine Rangfolge gebracht. Zitat aus der Rede: „Unser Ziel ist es, den Güterverkehr auf der Schiene in den nächsten 15 Jahren zu verdoppeln. Dafür müssen wir die Bahnreform von 1993/1994 konsequent vollenden. Dies wird in drei Schritten erfolgen:

1. Schritt: Sanierung und Modernisierung der Bahn.
2. Schritt: Die Bahn muss noch mehr auf Wirtschaftlichkeit setzen.
3. Schritt: Mehr Wettbewerb im Schienenverkehr durch Unabhängigkeit des Netzes der Deutschen Bahn AG und diskriminierungsfreien Zugang für alle Betreiber.“

Diese Rangfolge, nach der im 1. Schritt der integrierte Konzern Deutsche Bahn AG (DB AG) – wie von ihm gewünscht – saniert und modernisiert und erst im 3. Schritt der diskriminierungsfreie Wettbewerb auf dem Netz gesichert wird, deckt sich mit allen bisherigen Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Hartmut Mehdorn, und seiner Konzerngewerkschaften und widerspricht der offiziell ergebnisoffenen Haltung der von der Bundesregierung zur Reform des Bahnwesens eingesetzten Task Force.

1. Stimmen die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVBW, Stephan Hilsberg, mit der Auffassung der Bundesregierung überein?

Die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Stephan Hilsberg, stellen die Auffassung der Bundesregierung dar. Die genannten Schritte zur Voll-

endung der Bahnreform sind von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Hilsberg nicht, wie in der Vorbemerkung unterstellt, in eine zeitliche Rangfolge gesetzt worden. Vielmehr bedingen sie einander, um die Vollendung der Bahnreform sicherzustellen und müssen parallel umgesetzt werden. In allen drei Bereichen haben die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Dies betrifft den investitions- und ordnungspolitischen Bereich ebenso wie den eigenverantwortlichen unternehmerischen Bereich der Deutschen Bahn AG.

Auf die Beantwortung der Großen Anfrage der CDU/CSU „Aktuelle Eisenbahnpolitik“ (Bundestagsdrucksache 14/4955) wird verwiesen.

2. Stellen die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVBW, Stephan Hilsberg, eine Vorfestlegung der aus den Bundesministerien entsandten Mitglieder der Task Force dar?

Nein. Die Task Force des BMVBW prüft unter Beteiligung des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bis zum Herbst 2001 ergebnisoffen, wie und in welchem Zeitraum eine Unabhängigkeit von Netz und Betrieb zu gestalten ist. Die Variantenbreite reicht von einer unabhängigen Organisation im Bereich DB Holding bis zu einer vollständigen Herauslösung oder der Einrichtung einer Regulierungsbehörde.

3. Bedeutet der Hinweis auf die verstärkte Wirtschaftlichkeit im 2. Schritt, dass die Bundesregierung den fortschreitenden Rückzug des Güterverkehrs aus der Fläche, die zunehmende Einstellung des Regionalverkehrs und die Schließung der Ausbesserungswerke der DB AG billigt?

Die Zielsetzung der Bahnreform, die unternehmerischen und staatlichen Aufgaben zu trennen und die unternehmerische Handlungsfähigkeit der Eisenbahnen zu stärken, schließt auch die Möglichkeit ein, sich von unwirtschaftlichen Geschäftsfeldern oder Infrastrukturbestandteilen zu trennen, um hierdurch die verfügbaren Mittel auf betriebswirtschaftlich sinnvolle Bereiche zu konzentrieren. Die Bundesregierung hat mehrfach unterstrichen, dass durch verstärkten Wettbewerb auf der Schiene das ebenso mit der Bahnreform verbundene Ziel, mehr Verkehr auf der Schiene zu realisieren, sichergestellt werden muss.